

Sektion Arbeits- und Industriosozologie

Jahresbericht 2006

Die Sektion AIS hat im Jahr 2006 ihren traditionellen Turnus von jeweils einer Frühjahrs- und einer Herbstveranstaltung fortgeführt. Im Frühjahr fand eine gemeinsame Tagung mit der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung zum Thema »Arbeit und Geschlecht im Umbruch der Gesellschaft« statt. Diese Kooperation knüpfte an bestehende Kontakte zwischen beiden Sektionen an, die auf gemeinsamen Interessen sowohl am Gegenstand Erwerbsarbeit als auch an der gesellschaftstheoretischen Interpretation aktueller Befunde im jeweiligen Feld. Inzwischen sind mehrere ausführliche Berichte zu dieser Tagung veröffentlicht worden (Soziologie 1/2007, Feministische Studien 2/2006, Zeitschrift ARBEIT 4/2006). Die Beiträge wurden für eine Buchveröffentlichung überarbeitet und sind kürzlich im VS Verlag für Sozialwissenschaften erschienen: Aulenbacher, Brigitte, Maria Funder, Heike Jacobsen, Susanne Völker (2007): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog, Wiesbaden. Die Tagung wurde von der Sozialforschungsstelle Dortmund organisiert und war mit über hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern außerordentlich gut besucht.

Im Herbst beteiligte sich die Sektion mit drei Veranstaltungen am Kongress der DGS in Kassel. Gemeinsam mit der Sektion Kulturosoziologie wurde ein Plenum zum Thema »Schicksal Markt – Ökonomisierung als »survival of the fittest?« organisiert. Dieter Sauer (ISF München und Universität Jena) ging in seinem Beitrag »Du bist Kapitalismus« oder die Widersprüche der Ökonomisierung« der These nach, dass die gegenwärtig als »Ökonomisierung« bezeichnete Tendenz der Anwendung aus der Ökonomie bekannter Prinzipien, Normen und Werte auf weitere Bereiche des individuellen und gesellschaftlichen Lebens, die bisher anderen Prinzipien unterworfen schienen, kein einliniger Prozess der »Vereinnahmung« oder »Kolonialisierung« sei, an dessen Ende die »totale Ökonomie« stehe. Vielmehr seien erhebliche Widersprüche zu verzeichnen, die insbesondere aus der Paradoxie resultieren, dass das Individuum zugleich vereinnahmt wird, seine Subjektivität jedoch als kreatives Potential unverzichtbar ist. Es bestehen also, so Sauer, berechnete Hoffnungen, dass »Ökonomisierung« auf Dauer gebrochen wird von der Einsicht in die Notwendigkeit individueller Freiräume innerhalb und jenseits der Ökonomie.

Uwe Schimank (Fernuniversität Hagen) entwickelte in seinem Beitrag »Ökonomisierung der Hochschulen – eine Makro-Meso-Mikro-Perspektive« einen Vorschlag zur systematischen Analyse der gegenwärtigen Irritationen des Hochschulwesens durch ökonomische Normen. Er zeigte innere Zusammenhänge zwischen der Reorganisation des öffentlichen Sektors nach den Prinzipien des New Public Managements und der Herausbildung neuer Formen der Produktion wissenschaftlichen Wissens in Anwendungskontexten auf und fragte nach den mittel- und langfristigen Effekten dieser Entwicklung für die wissenschaftliche Produktivität. Auf einer allgemeineren Ebene stellen sich, so Schimank, ähnliche (kritische) Fragen für die Wirkungen der aktuellen »Ökonomisierung« anderer gesellschaftlicher Teilbereiche auf deren Funktionsfähigkeit.

Ronald Hitzler und *Michaela Pfadenbauer* (beide Universität Dortmund) reflektierten in ihrem Beitrag »Die Ökonomisierung der Produktion von Gemeinschaft« mögliche Effekte der gegenwärtig zu beobachtenden Prozesse der Individualisierung der Zugehörigkeit zu Gemeinschaften. Wo Gemeinschaften nicht mehr quasi naturwüchsig gegeben sind, sondern der Einzelne als aktiver Produzent und Re-Produzent traditioneller wie moderner Formen von Gemeinschaft verstanden wird, öffnet sich auch dieser Bereich der kulturellen Produktion für Bewertungen und Entscheidung entlang der »ökonomischen« Kategorien von Aufwand und Ertrag. Dies könnte man »kulturkritisch« als weiteren Prozess der Ökonomisierung von kulturellen und sozialen Prozessen verstehen; darüber hinausgehend fragte der Beitrag jedoch explizit nach den ökonomischen Interessen hinter dem aktiven Aufbau neuer, nicht traditionaler Formen von Gemeinschaft.

Die Verhandlungen zu diesem Thema wurden inzwischen in einer weiteren gemeinsamen Sitzung der beiden Sektionen im Frühjahr 2007 fortgeführt.

Im weiteren Verlauf des Kongresses veranstaltete die Sektion eine erste Sitzung zum Thema »Varieties of Capitalism?« Zur globalen Diffusion von Gesellschafts- und Produktionsmodellen« mit vier Vorträgen. *Michael Faust* (SOFI Göttingen), eröffnete den Nachmittag mit seinem Beitrag »Erträge und Grenzen des »Varieties of Capitalism«-Ansatzes zur Erklärung der globalen Diffusion von Produktionsmodellen und deren Grenzen«. Er unterzog den in aktuellen Studien der vergleichenden politischen Ökonomie vielfach als Analyserahmen verwendeten Ansatz der Unterscheidung zweier idealtypischer Produktionsmodelle einer grundsätzlichen Kritik. Die

»funktionalistische« Annahme kohärenter, komplementärer institutioneller Gefüge lasse, so Faust, keinen hinreichenden Spielraum für die Erklärung empirisch beobachtbarer Wandlungsprozesse. Hierzu seien in der Soziologie entwickelte institutionalistische Perspektiven besser geeignet.

Nicole Mayer-Abuja, ebenfalls SOFI, stellte in ihrem Beitrag »Arbeitsverhältnisse unter Bedingungen globaler Wirtschaftsintegration. Ein Blick auf Debatten über Veränderungen des indischen Gesellschafts- und Produktionsmodells« den impliziten hegemonialen Anspruch des VoC-Ansatzes in Frage. Sie entwickelte am Beispiel der IT-Industrie in Indien die in einem gerade anlaufenden Projekt noch zu überprüfende These, dass in außereuropäischen Ländern, die zum Ziel von Direktinvestitionen hoch-industrialisierter Länder werden, eher die einheimischen Produktionsmodelle modifiziert als die ausländischen implementiert werden.

Andreas Langenohl (Universität Gießen) beleuchtete in seinem Beitrag »Die Globalisierung der Finanzwirtschaft in Deutschland 2000–2004: Institutionelle Strategien und berufsbiografische Aneignungen eines Sinngebungsprozesses« die doppelte Struktur der Globalisierung als einerseits gestützt und ermöglicht durch nationale De-Regulierungen, andererseits jedoch als ermöglichender Faktor für organisationsinterne Re-Regulierung.

In einem vierten Beitrag schließlich erläuterte *Gary Herrigel* (University of Chicago) unter dem Titel »Rule breaking as prelude to system change: Contemporary processes of change in the US and German social systems of production« seine aktuelle Kritik aus konstruktivistischer Sicht auf institutionalistische Ansätze des Systemvergleichs. Wandel institutioneller Strukturen sei, so Herrigel, nicht zuletzt auf das zunehmend bewusste Brechen von Regeln durch interessierte Akteure zurückzuführen – ein Vorgang, der bisher in institutionalistischer Perspektive nicht erklärt werden könne.

Eine zweite Sitzung im Rahmen des Kongresses der DGS setzte sich die Sektion unter dem Titel »Die ›Arbeit‹ der Gesellschaft – Die Soziologie auf dem Weg zu einem neuen Verständnis von Arbeit?« mit den Anforderungen an einen den aktuellen Entwicklungen angemessenen Begriff von Arbeit auseinander. Auch hierzu wurden vier Vorträge gehalten. *Sabine Pfeiffer* (München) unternahm es, aus einer analytischen Unterscheidung zwischen Arbeitskraft und Arbeitsvermögen herzuleiten, welche Chancen ein explizit auf Dialektik als soziologischer Methode fußender Zugang zur Beobachtung und Analyse von Arbeit haben könnte, um den allfälligen

Verkürzungen und teils modischen Apologien der arbeits- und industrie-soziologischen Lesarten aktueller Erscheinungsformen von Arbeit zu entgehen und darüber hinaus den fundamentalen Stellenwert von Arbeit in jeder Form für die Gesellschaft angemessen herauszuarbeiten.

Kerstin Jürgens (Hannover) diskutierte die Frage, ob es eines »erweiteren« Arbeitsbegriffs bedürfe, indem man die Kategorie »Lebenskraft« als notwendige Vorbedingung für die Verausgabung von Arbeit einführt. Sie entwickelte den Begriff des »Reproduktionshandelns« für das aktive Bemühen der Individuen um die Herstellung und Sicherung nicht nur ihrer Arbeitskraft, sondern auch ihrer »Lebenskraft«. Wenn Arbeiten und Nicht-Arbeiten in der Gegenwart intensiver und auf breiterer gesellschaftlicher Basis miteinander verbunden sind als in der Vergangenheit, kommt, so Jürgens, dem Reproduktionshandeln die Bedeutung einer unverzichtbaren Voraussetzung für Entwicklung und Bestand des Kapitalismus zu.

Fritz Böhle (Augsburg) stellte das Arbeitshandeln in den Mittelpunkt: Arbeitshandeln sei nicht mehr ausschließlich als spezifischer Fall bewussten, planvollen, zielgerichteten Handelns zu verstehen. Vielmehr müssten angesichts der Durchdringung der Arbeit mit Anforderungen an Kooperation, Interaktion und situative Nutzung von Erfahrung diese als Arbeits-Leistungen des Individuums Berücksichtigung finden.

Hanns-Georg Brose (Duisburg) eröffnete in seinem Schlussbeitrag eine weitere Ebene der Auseinandersetzung mit dem »Arbeitsbegriff«, indem er die Bedeutung von Arbeit für die soziale Strukturierung, für die soziale Integration des Individuums und für die kulturelle Ver- und Bearbeitung der Moderne problematisierte. Ihm war daran gelegen, den Wandel der Erwerbsarbeit als Bestandteil gesellschaftlichen und kulturellen Wandels zu verstehen; dafür sei es selbstverständlich erforderlich, alle Formen von Erwerbsarbeit in die Analyse einzubeziehen und auch neue Kategorien für die Untersuchung von kooperativer, interaktiver und weiterer Formen von Arbeit bzw. von Arbeitshandeln zu entwickeln. Berücksichtigt werden sollte darüber hinaus auch die institutionelle und sozialstrukturelle Dimension der Arbeit.

Im Laufe des Kongresses fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der unter anderem die Themen der nächsten Veranstaltungen vorbesprochen und die Einführung eines Mitgliedsbeitrags diskutiert wurden. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde Markus Pohlmann, Heidelberg, turnusmäßig als Sprecher verabschiedet. Die anwesenden Mitglieder dankten ihm für seine hervorragende Arbeit in den

zurückliegenden drei Jahren, insbesondere für den professionellen Aufbau und die Pflege der Website der Sektion und das erhebliche Engagement für einen regelmäßigen Informationsfluss innerhalb der Sektion. Zudem verdankt die Sektion ihm eine Reihe von interessanten und erfolgreichen Veranstaltungen. Neu in den Vorstand gewählt wurde Katharina Bluhm, Universität Jena. Der dreiköpfige Vorstand besteht damit zur Zeit aus Hartmut Hirsch-Kreinsen, Universität Dortmund sowie Heike Jacobsen, Sozialforschungsstelle Dortmund, und Katharina Bluhm, Universität Jena. Sprecher der Sektion ist zur Zeit Hartmut Hirsch-Kreinsen.

Heike Jacobsen, Hartmut Hirsch-Kreinsen

Sektion Soziologische Theorie

Bericht zur Tagung

»Die integrative Sozialtheorie von Hartmut Esser«

Am 11. und 12. Mai 2007 fand die Tagung »Die integrative Sozialtheorie von Hartmut Esser« der Sektion Soziologische Theorien an der FernUniversität in Hagen statt. Die Tagung wurde organisiert von *Rainer Greschhoff* (Oldenburg) und *Uwe Schimank* (Hagen). In Anknüpfung an verschiedene vergangene Sektionsveranstaltungen sowie an den Soziologiekongress in Kassel 2006 wurde mit dieser Tagung eine Sequenz von inhaltlich aufeinander bezogenen Treffen der Sektion zum Thema »Theorienvergleich und Theorienintegration« fortgesetzt und die in den letzten Jahren von *Hartmut Esser* (Mannheim) vorgelegte Sozialtheorie mit ihrem paradigmengestützten und disziplinenübergreifenden Anspruch zur Diskussion gestellt. Das Programm der Tagung wich vom üblichen Vortragsreigen ab: Die geladenen Referenten eröffneten mit knappen Eingangsstatements verschiedene Themenblöcke, und für die sonst oft zu kurz kommenden Diskussionen war ein jeweils großzügiger Zeitraum vorgesehen. Dieses Tagungskonzept fand Zuspruch unter den Mitgliedern und Interessenten der Sektion, so dass ein großes Teilnehmerfeld zustande kam, in dem ein breites Spektrum soziologischer Theorien vertreten war, von dem die Gelegenheit zu einer lebendigen Debatte genutzt wurde.

Zu Beginn präsentierte und kommentierte *Hartmut Esser* den gegenwärtigen Stand seiner Theorieentwicklung im Lichte der daran erfolgten

Kritik und der von ihm aufgenommenen und bearbeiteten Einwände. Er stellte das Modell der soziologischen Erklärung (MSE) mit seinem bekannten Erklärungsreisepfad von »Logik der Situation«, »Logik der Selektion« und »Logik der Aggregation« sowie die damit verknüpften sozialtheoretischen Konzepte vor. Er plädierte für eine methodologisch-individualistische Grundlegung mit einer die Rational-Choice-Theorie transzendierenden Handlungstheorie als nomologischem Kern. Esser hob vor allem auf den Ausbau seiner Theorie im Modell der Frame-Selektion (MFS) ab, durch das das Problem des Verstehens sozialen Sinns eingeholt würde, und das einen Zugewinn an Realismus bedeute. In Auseinandersetzung mit dem strukturtheoretischen, dem utilitaristischen, dem normativen und dem interpretativen Paradigma erneuerte er seinen Anspruch, mit dem MSE nicht nur ein Einordnungsschema für verschiedene Ansätze vorgelegt, sondern die meisten anderen theoretischen Perspektiven in ihren für eine soziologische Erklärung verwendbaren Aspekten integriert und ein methodisch-konzeptuell einheitliches Fundament für die ganze Disziplin bereitgestellt zu haben.

Auf Grundlage dieser initiatorischen Einführung durch Hartmut Esser war es das Ziel der Tagung zu erörtern, ob oder inwiefern Essers Vorschlag sich eignet, die Einheit der Soziologie herzustellen und eine kumulative Wissensentwicklung des Faches zu befördern. Die Debatte folgte dabei grob dem Theorieaufbau Essers entlang den drei »Logiken« des MSE.

Clemens Kroneberg (Mannheim) hielt das Eingangsstatement zur »Logik der Situation«, dem ersten Schritt der soziologischen Erklärung, bei dem mittels Brückenhypothesen beschrieben wird, von welchen äußeren und inneren Bestimmungsgründen das Handeln von Akteuren abhängt. Kroneberg warf dazu die Frage auf, was die Objektivität von Situationen ausmache, und wie Konzepte einer einerseits objektiven und andererseits subjektiven Definition der Situation miteinander vereinbart werden könnten. Er stellte heraus, dass die im MSE angenommene Realität sozialer Makrophänomene nicht in ontologischer Eigenständigkeit, sondern in kausalen Wirkungsbeziehungen bestehe. Deren Objektivität müsse verstanden werden als der über andere Personen vermittelte, auf sozial geteilten und insofern unveränderlichen mentalen Modellen beruhende Einfluss auf Akteure. Die Wirkung von Makrophänomenen sei immer Wirkung durch andere Akteure, die sich in individuellen Akteursvorstellungen niederschläge. Eine so verstandene »Makrodetermination« müsse daher stets über eine Mikrofundierung erklärt werden. Kroneberg plädierte mit Blick auf

das Problem einer ontologischen Unterscheidung von Mikro- und Makroebene für einen »analytical turn«. Die Frage, ob es Makrophänomene im Sinne stark emergenter und irreduzibler Entitäten gebe oder nicht, sei unentscheidbar und für eine explanativ ehrgeizige Soziologie nicht relevant. In der darauf folgenden Diskussion wurde dem entgegen und mittels Verweis auf andere mögliche theoretische Konzeptionen die handlungstheoretische Bedeutsamkeit einer Annahme von Makrodetermination betont.

Ingo Schulz-Schaeffer (Berlin) richtete mit einer Unterscheidung von drei Varianten der wert-erwartungstheoretischen Modellierung für die »Logik der Selektion« den Blick auf den zweiten Erklärungsschritt und auf die bei Hartmut Esser zu verzeichnende Verschiebung in der Konzeptualisierung der dem MSE zugrunde gelegten Handlungstheorie. Der Gegenstandsbereich dieses Erklärungsschritts falle eigentlich aus dem Phänomenbereich der Soziologie heraus, da es hier um die individuellen Entscheidungen der Akteure gehe. Die im Esser'schen Theoriekonzept ursprünglich rein formale Handlungstheorie mit dem Maximierungsprinzip als abstraktem Selektionsmechanismus sei zwar theoriebautechnisch von Vorteil, weil sie das soziologische Niemandsland als umfassende Formel für jeden denkbaren Fall durchschreite, zugleich sei sie aber inhaltsleer und es sei schwierig, hierin den tragenden Kern einer »soziologischen« Erklärung zu sehen. Die zweite Variante, nämlich die Wert-Erwartungstheorie als Ausdruck eines evolutionär bewährten Selektionsprinzips, könne daher, so Schulz-Schaeffer, als Essers Bestreben nach der Umwandlung in ein empirisches Kausalgesetz verstanden werden. Schulz-Schaeffer konstatierte, dass aber erst das Frame-Selektion-Modell mit der Verlagerung der wert-erwartungstheoretischen Modellierung ins Framing die Handlungswahl auf soziale Sinndeutungen des Handelns beziehe und so Phänomene hereinnehme, die der soziologischen Beobachtung zugänglich seien. Schulz-Schaeffer attestierte dieser Variante eine Soziologisierung der Handlungstheorie und stellte daraus wiederum resultierende Probleme zur Diskussion: das Wunschenken, die Handlungszuschreibung, die Ex-post-Rationalisierung und der fragliche Allgemeinheitsanspruch. Besonders umstritten war in der Diskussion allerdings die Frage nach der vermeintlichen Leerheit der formalen Handlungstheorie.

Gesa Lindemann (Oldenburg) thematisierte in ihrem Statement den ihrer Meinung nach problembehafteten Rekurs der Sozialtheorie Essers auf die Neurowissenschaften. Sie fokussierte den als Übergang zwischen unbewussten und bewussten Kalkulationen konzipierten Wechsel vom AS- in

den RC-Modus im Modell der Frame-Selektion. Von Esser werde dabei eine dritte Möglichkeit, nämlich die eines nicht explizit kalkulierenden, operierenden Bewusstseins ausgeschlossen. Auf der Annahme eines solchen nicht-thetischen Selbstbewusstseins, das aber gleichwohl Bewusstsein sei, beruhe jedoch die neurowissenschaftliche Forschungspraxis, außerdem gebe es dazu bereits theoretische Konzepte, etwa in der Phänomenologie und philosophischen Anthropologie. Dies weise auf eine Leerstelle in der Esser'schen Konzeption hin, was ihm die Erklärung bestimmter Phänomene erschwere. Der Blick auf die neurowissenschaftliche Forschungspraxis zeige aber auch, dass das MFS im Hinblick auf die Modellierung unbewusster Kalkulationen auf Ergebnisse rekurriere, die die Neurowissenschaften noch gar nicht erbringen könnten. Die im MFS vorausgesetzte Präzision der Modellierung sowie die Legitimation des Modells insgesamt gerieten damit ins Wanken. Lindemann forderte, das MFS dahin gehend zu verändern, dass Unbestimmtheitsphänomene einbezogen würden. Hartmut Esser wandte sich in seiner Stellungnahme gegen den von Lindemann zugrunde gelegten Bewusstseinsbegriff und sprach stattdessen vom jeweiligen Grad der Elaboriertheit der Vorgänge im Gehirn, die unter Beachtung möglicher Zwischenheuristiken im MFS umfassend modelliert würden.

In einem Beitrag zum dritten Schritt des MSE legte *Uwe Schimank* (Hagen) seine Einschätzung zum Stand der soziologischen Forschung über die ›Logik der Aggregation‹ dar. Obwohl Aggregationsphänomene das eigentliche Thema der Soziologie seien, würden sie zwar von einigen der speziellen Soziologien, kaum aber von der allgemeinen Sozialtheorie bearbeitet. Es mangle der Soziologie an generellen Modellen und Erklärungsmustern, mit denen soziale Strukturdynamiken erfasst werden könnten. Trotz der durch das Theorieprogramm von Hartmut Esser erfolgten Aufmerksamkeitslenkung auf diesen Schritt der soziologischen Erklärung, sei eine synoptische Vergegenwärtigung der in verschiedenen Ansätzen vorliegenden Vorschläge zu Aggregationsmechanismen ein Desiderat. Vorrangig zu bearbeitende Probleme seien die Erstellung von Modellen für Aggregationen in komplexen Mehrebenensystemen und die Frage nach deren Generalisierbarkeit.

Diskutiert wurde zu diesem Punkt, dass die durch MSE und MFS evozierte Verfeinerung von Situations- und Handlungslogik von der Fokussierung auf die Aggregationslogik ablenke. Die Vertreter der erklärenden Soziologie räumten ein, dass die Erfordernis von Tiefenerklärungen vom jeweiligen Erklärungsproblem abhängen und forschungspraktisch oft-

mals vereinfachende Annahmen ausreichen. Grundsätzlich müsse aber eine auf realistischen Annahmen fußende mikrofundierende Methodologie die Basis bilden.

Zur Frage nach dem integrativen Anspruch des MSE setzte sich *Hartmut Esser* mit der objektiven Hermeneutik auseinander. Er rekonstruierte deren Vorgehen in seiner Theoriesprache und erläuterte seine Kritik an diesem Ansatz. Die Deutungsmusteranalyse sei ein Verfahren zur Identifikation von Situationslogiken, erkläre aber nicht die Generierung der Deutungsmuster und es fehle die Angabe einer Selektionsregel für die Wahl der Situationsdefinition. Nicht nur würden bei der sequenziellen Rekonstruktion von Situationen die auch in der objektiven Hermeneutik unterstellten und auf der Annahme von »cultural dope« gründenden matching-Hypothesen vom MFS eingeholt, implizit arbeiteten beide Ansätze auch mit demselben allgemeinen Handlungsgesetz. Die Verfechter der objektiven Hermeneutik verwiesen darauf, dass es ihnen nicht um die Frage nach individuellen Entscheidungen in Situationen gehe, sondern um die Erhellung von jeweiligen Fallstrukturgesetzmäßigkeiten, dass also die Methode im Sinne des MSE eher zur Aggregationsproblematik beitrage. Dabei liege allerdings ein anderes Verständnis von Objektivität zugrunde als im methodologischen Individualismus. Esser erläuterte daraufhin, dass er die Annahme von makrostrukturellen Kausalgesetzen ablehne, und unter dieser Voraussetzung seine Rekonstruktion und Ergänzung der objektiven Hermeneutik richtig und geboten sei.

Gert Albert (Heidelberg) wandte sich in seinem Statement ebenfalls dem integrativen Anspruch des MSE zu und prüfte diesen an der Figurationssoziologie von Norbert Elias. Im Vergleich mit einer nach Alberts Dafürhalten werkgetreueren Lesart der Elias'schen Schriften beruhe die von Esser behauptete Integration der Figurationstheorie in das MSE auf einer verkürzten Interpretation. Bei Elias fänden sich deutliche Hinweise auf einen moderaten methodologischen Holismus, was die Annahme von starker Emergenz und Makrodetermination impliziere. Aufgrund seines schwachen Emergenzbegriffs sowie der Forderung nach reduktiven Erklärungen unterscheide sich der methodologische Individualismus im Kern von der Figurationstheorie. Albert stellte zudem auf die bei Elias auffindbaren Argumente motivationaler Prägung von Akteuren ab, die mit der Esser'schen Akteurskonzeption und der Annahme eines universalen Handlungsgesetzes nicht vereinbar seien. Albert konzedierte die Möglichkeit der

Erhebung eines Überlegenheitsanspruchs des MSE gegenüber der Figurationssoziologie, nicht aber deren gelungene Integration.

Die Vertreter der erklärenden Soziologie beharrten in der Diskussion darauf, dass Elias implizit mit dem MSE arbeite, was die methodologisch-individualistische Rekonstruktion erlaube und dazu führe, dass in der konkreten Forschungspraxis kein Unterschied zwischen den Ansätzen bestehe. Die Aufrechterhaltung der Figurationssoziologie als eigenständiges Paradigma sei daher überflüssig.

Matthias König (Göttingen) nahm das MSE aus einer Beobachterperspektive auf den Theoriediskurs als Ganzen in den Blick. Er analysierte den multiparadigmatischen Zustand der Soziologie unter Anwendung der Erkenntnisse von Andrew Abbott zur »fraktalen Struktur« der soziologischen Theorie. Danach verlaufe die Ausdifferenzierung theoretischer Positionen anhand von Leitunterscheidungen, die sich auf verschiedenen Ebenen der Theoriebildung in unterschiedlichen Kombinationen wiederholten. Auf diese Weise ergebe sich ein großer Möglichkeitsraum soziologischer Theorievarianten. König bestätigte aus dieser Perspektive, dass es Hartmut Esser durch das flexible Hintereinanderschalten von Leitunterscheidungen gelungen sei, eine bislang seltene Kombination einer Vielzahl solcher Unterscheidungen in seiner Theorie vorzunehmen. Die Möglichkeit zu neuen Kombinationen sei aber noch lange nicht erschöpft, so dass auch mit dem MSE die Überwindung der konkurrierenden Theorie-situation nicht zu erwarten sei. König plädierte dafür, sich die Offenheit gegenüber theoretischem Erkenntnisfortschritt auch dort zu erhalten, wo er sich nicht in einer methodologisch im MSE integrierten Form vollziehe. Großes Anregungspotential sehe er bei einigen Makrosoziologien sowie bei den Traditionen, die auf Fragen der Selbstreflexivität von Theoriebildung aufmerksam machen.

Von den Vertretern des MSE wurde in der Diskussion die Vermutung geäußert, dass Leitunterscheidungen durch Rhetorik geschaffene Gegensätze seien. Hartmut Esser stellte heraus, dass vor dem Hintergrund der obersten und unverhandelbaren Leitunterscheidung seiner Theorie die Integration weiterer Leitunterscheidungen folgerichtig und der Vorwurf des Eklektizismus zurück zu weisen sei.

Hartmut Essers Fazit der Tagung fiel mit großem Dank an die Organisatoren der Tagung und für die konstruktiven Beiträge der Referentin und Referenten sehr positiv aus. Seiner Meinung nach sei erkennbar, dass viele

der früher diskutierten Missverständnisse über seine Theorie sich aufgeklärt hätten. Vertreter anderer Paradigmen würden nun besser verstehen, worauf das MSE ziele und was damit machbar sei. Ein Methodenmonismus in der Soziologie sei in Anbetracht einer zu gewärtigenden Konvergenz verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen in Richtung auf eine Einheit der Sozialwissenschaften dringend angeraten.

Andrea Hamp

Bericht zur Tagung »Die Gesellschaft der Unternehmen – Die Unternehmen der Gesellschaft«

Über zwanzig Jahre ist es her, seitdem die »Neue« Wirtschaftssoziologie sich in den USA als solche zu formieren und erfolgreich zu institutionalisieren begann. Nun ist sie auch in Deutschland angekommen und beginnt eine ähnliche Rolle zu beanspruchen, wie sie hierzulande lange Zeit der Industriesoziologie zugeschrieben wurde, nämlich als gegenstandsbezogene Teildisziplin zur theoretischen Entwicklung des ganzen Faches beizutragen. So erscheint es nur naheliegend, wenn umgekehrt Theoretikerinnen und Theoretiker sich mit dem Wirtschaftsgeschehen und dessen soziologischer Analyse auseinandersetzen.

Die Neue Wirtschaftssoziologie ist bislang vor allem eine Marktsoziologie, wie es *Katharina Bluhm* (Jena) in ihrem Tagungsbeitrag auf den Punkt brachte. Und so wird verständlich, warum sich die Sektion Soziologische Theorie in der DGS – durchaus auf Distinktion bedacht (erfreulicherweise aber nur in inhaltlicher Hinsicht) – auf ihrer Herbsttagung vom 4. bis 6.10.2007 mit dem Unternehmen als einer weiteren zentralen Institution der modernen Wirtschaft beschäftigte und sich hierbei gegenüber der netzwerk-, handlungs-, und institutionentheoretisch ausgerichteten »Neuen« Wirtschaftssoziologie um eine verstärkt gesellschaftstheoretische Perspektive bemühte. Zur Klärung der Fragen, »ob und wie soziologische Theorien das moderne Unternehmen im Spannungsfeld von Individuum – Wirtschaft – Gesellschaft verorten und als zentrale Institution moderner Gesellschaften erfassen können« (Programm-Flyer), hatte die Sektion nicht nur ihre eigenen Mitglieder, sondern mit Unterstützung der DFG auch Wirtschaftssoziologen, Ökonomen, Politologen und Medienwissenschaftler an die Fernuniversität Hagen eingeladen. Diese trugen teils mit sowohl anspruchsvoller als auch anschaulicher Empirie zur so wichtigen prak-

tischen Unterfütterung der theoretischen Betrachtungen bei, wie dies *Uwe Schimank* (Hagen) in seinem Fazit als Sektionssprecher und Mitorganisator sehr zutreffend hervorhob.

Die Relevanz, sich auch jenseits aller Distinktionsbestrebungen mit dem Thema auseinanderzusetzen, machte bereits *Andrea Maurer* (Uni BW, München, ebenfalls Organisatorin der Tagung) in ihrem Eingangsvortrag deutlich, zunächst sehr plastisch mit dem Vergleich der heutigen Dominanz von Firmenzentralen im modernen Stadtbild mit der vormals herausragenden Position von Kathedralen, und dann unter Bezugnahme auf den Stand der Forschung. Wurde das Unternehmen von den Klassikern der Soziologie und der Ökonomie mit wenigen Ausnahmen eher stiefmütterlich behandelt, haben sich auch die Neue Institutionenökonomik sowie neuere soziologische Ansätze bislang nur zögerlich des Themas angenommen. So besteht bei den Protagonisten der Neuen Wirtschaftssoziologie Einigkeit bezüglich der Vernachlässigung dieser Institution im Vergleich zum Markt, was sich nicht nur in der Heterogenität der Einzelstudien bei einem gleichzeitigem Mangel an integrierenden theoretischen Perspektiven niederschlägt, sondern eben auch in einer mangelnden gesellschaftstheoretischen Perspektive. Welche Einsichten eröffnete die Tagung nun zu Unternehmen?

Programm und Diskussion waren entlang von zwei Leitfragen strukturiert und zwar nach (1) der gesellschaftlichen Konstitution und institutionellen Rahmung von Unternehmen sowie (2) ihren sozial-strukturellen Effekten und ihrer Rolle in gesellschaftlichen Ökonomisierungs- und Globalisierungsprozessen. Die ersten drei Vortragsblöcke waren der ersten Frage gewidmet, und so wurde auch immer wieder auf die beiden zentralen Grundthemen der Neuen Wirtschaftssoziologie – Einbettung und Unsicherheit bzw. Ungewissheit – Bezug genommen. In der Diskussion zog dies vereinzelt, dafür umso heftigere Polemiken nach sich, was dem meist sehr hohen Anspruch der Vorträge jedoch keinen Abbruch tat. Diese konnten durchaus deutlich machen, wie relevant es jenseits von Pappkameraden und modischen Schlagworten ist, die sozialen Grundlagen sowie die gesellschaftlichen Bezüge unternehmerischen Handelns bzw. von Unternehmen kritisch in Beziehung zu dominanten Rationalitätsannahmen auf der Handlungs- sowie auf der institutionellen Ebene zu setzen. Was in vielen Vorträgen anklang, war generell die Frage nach dem Verhältnis von ökonomischer Rationalität, Prozessen der Kapitalakkumulation sowie der

normativ-moralischen Dimension der Wirtschaft im Kontext eines »Unternehmenskapitalismus«.

So stellte *Christoph Deutschmann* (Tübingen) im ersten Vortragsblock, der sich mit den kulturell-legitimatorischen Grundlagen unternehmerischen Handelns beschäftigte, die These auf, dass Unternehmer mit »Utopien des guten Lebens« eine gesellschaftlich strukturtransformierende Wirkung ausübten und fragte nach dem »Wie?«. *Peter Walgenbach* (Erfurt) präsentierte eine internationale Studie, in der am Beispiel der Institutionalisierung von Assessment Centern als einer »rationalen« Methode der Personalauswahl in multinationalen Unternehmen untersucht wurde, inwieweit normativ-institutioneller Druck und technisch-ökonomische Faktoren die Entstehung (global) dominanter Institutionen auch gegen konfligierende institutionelle Logiken in nationalen Business-Systemen begünstigen.

Ein weiterer Vortragsblock beschäftigte sich mit dem Corporate Governance-Ansatz als theoretischer Grundlage heutiger Unternehmensstrukturen sowie mit dessen »sozialstrukturellen« Bezügen. *Ulrich Jürgens* (WZB Berlin) betonte in seiner Einführung in den Ansatz zunächst, dass dieser auf der Prinzipal-Agenten-Theorie beruhe, also der Frage, wie »Agenten« dazu gebracht werden können, im Sinne eines »Prinzipals« zu handeln, und wem in welcher Höhe Anteile an gemeinsam erwirtschafteten Erträgen zustehen, und erläuterte, wie dieser Ansatz den Übergang zu einer Kapitalmarktsteuerung von Unternehmen begünstigt habe. *Paul Windolf* (Trier) zeigte im Anschluss daran mit profundem finanzwirtschaftlichem Wissen, wie dieser »Finanzmarktkapitalismus« die Entstehung einer neuen ökonomischen Elite der Fonds-Manager begünstigt hat, für die der Ausbau und die Reproduktion ihrer gesellschaftlichen Position entscheidend von ihrem Erfolg abhängt, das Bedürfnis von Anlegern nach hohen Renditen bei geringem Risiko zu befriedigen. Abschließend diskutierte *Martin Höpner* (MPIfG Köln) mit Referenz auf den Varieties of Capitalism-Ansatz und unter Zuhilfenahme von Daten zu 20 OECD-Ländern, inwieweit im Gegensatz zu diesem ungezähmten Kapitalismus viele Länder nach wie vor Ausprägungen eines »nichtliberalen Kapitalismus« aufweisen, und unterschied hierfür zwischen Dimensionen eines koordinierten und eines organisierten Kapitalismus.

Unter der Rubrik der Einbettung von Unternehmen stellte *Richard Münch* (Bamberg) im Anschluss an Polanyi klar, dass die moderne, ausdifferenzierte Ökonomie eigentlich eine entbettete Ökonomie sei. Da jedoch die Institution des Marktes die moralische Lehre von der Leistungs-

gerechtigkeit beinhalte, sei mit der Ausdifferenzierung gleichzeitig eine moralische Einbettung wirtschaftlichen Handelns verbunden. Diese Moral bewirke, dass auf Prozesse der Schließung von Märkten (u. a. durch das Größenwachstum von Unternehmen) immer wieder Prozesse der (internationalen) Öffnung folgen, was die globale Ausbreitung der Markt-moral zur Folge habe. *Katharina Bluhm* (Jena) diskutierte anhand der Konzepte von Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility, inwieweit das moralische Handeln von Unternehmen nicht doch stets in das ökonomische Kalkül »eingebettet« bleibt. Beide Vorträge, welche durchaus Granovettters Forderung, die Einbettung wirtschaftlichen Handelns mehr zu beachten, nachkamen, wenn auch in deutlich anderer Hinsicht als von diesem vorgeschlagen, wurden dann von *Michael Schmid* (Uni BW, München) genau in dieser Hinsicht wohlwollend kommentiert.

Fortsetzung fanden die Themen »Akkumulation von ökonomischen Ressourcen« sowie »normativ-moralische Dimensionen der Wirtschaft« in zwei weiteren Vortragsblöcken, die sich mit der »unternehmerischen« Konstitution von Gesellschaft beschäftigen sollten. Leider wurde jedoch nicht in allen Vorträgen der Bezug zur Themenstellung »Unternehmen« deutlich. Der erste Themenblock war der Wirkung von Unternehmen auf die Sozialstruktur gewidmet. Während *Holger Lengfeld* (Hagen) sehr anschaulich zeigen konnte, wie die Lebenschancen von Individuen durch Unternehmensstrukturen innerhalb aller Klassenlagen beeinflusst werden, diskutierte *Johannes Berger* (Mannheim) unterschiedliche Ungleichheitsmaße sehr kritisch, aber auch sehr allgemein, und plädierte dafür, den Markt, der schließlich keine Verteilungseffekte produziere, als »Benchmark« in der Ungleichheitsforschung zu verwenden.

Die Vorträge im zweiten Themenblock waren unter dem Stichwort Ökonomisierung den gesellschaftlichen Auswirkungen der ökonomisch-unternehmerischen Logik gewidmet. *Eva Barlösius* (Essen) machte am Beispiel der »Kommodifizierung von Luft« bzw. des Emissionsrechtehandels deutlich, inwieweit in gesellschaftlichen Bereichen, in denen eigentlich keine Ökonomisierung erwünscht ist, auf das Marktparadigma zurückgegriffen wird, um Regulierungen und Subventionen normativ zu rechtfertigen. *Uwe Schimank* (Hagen) ging der Frage nach, wie bzw. durch welche Maßnahmen und Prozesse sich die normative Fiktion einer Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Teilbereiche, d.h. deren Behandlung nach der Logik von Gewinnerzielung und Verlustvermeidung, tatsächlich auch in diesen manifestiere. Deutlich wurde hier, dass es weniger die Marktlogik

ist, welche die Ökonomisierung vorantreibt, sondern dass es die Einforderung eines unternehmerischen Ethos sowie die Einführung vergleichsweise autoritärer Organisationsprinzipien durch die Übertragung »unternehmerischer« Entscheidungskompetenzen sind. *Klaus-Dieter Altmeyen* (Ilmenau) ergänzte und illustrierte beide Betrachtungen durch eine Diskussion von Ökonomisierungsprozessen im Bereich der Medien.

Der letzte Vortragsblock griff schließlich das Thema Globalisierung im Kontext von Unternehmen auf. *Boris Holzner* (LMU München) argumentierte aus systemtheoretischer Perspektive, dass das Wirtschaftssystem gegenüber politischen Grenzen indifferent sei, um dann aufzuzeigen, inwieweit multinationale Unternehmen dennoch nationalen Erwartungsstrukturen und Beschränkungen verhaftet blieben. *Hartmut Wächter* (Trier) kritisierte den Mainstream der BWL-Literatur, der für internationale Unternehmen neue Organisationsformen jenseits nationaler Spezifika proklamiert, und legte anhand empirischer Länderstudien zum Human Resource Management und dem Institutionenkonzept von Whitley dar, dass es lokale bzw. lokalisierbare Methoden sind, die global diffundieren. *Volker Schmidt* (Singapur) trug abschließend zum ostasiatischen Kapitalismus vor, diskutierte anschaulich dessen Spezifika, Entwicklung und Potenzial und löste damit noch angeregte Debatten darüber aus, inwieweit die asiatische Wirtschaftsentwicklung auf die kapitalistischen Gesellschaften Europas zurückwirken und diese in den nächsten Jahren herausfordern wird.

Fazit: Theoretiker und (hoffentlich in Zukunft auch mehr) Theoretikerinnen können sich ruhig noch öfter von der Wirtschaftssoziologie herausgefordert fühlen, den Dialog mit dieser suchen, sich zu konstruktiven Beiträgen hinreißen lassen (und außerdem die zahlreichen jungen Interessenten noch stärker in die Diskussion integrieren). Denn auch nach dieser Tagung kann noch nicht von einem integrativen theoretischen Ansatz gesprochen werden – obwohl sich einige hot topics (Marktmoral, Rationalität und Kapitalakkumulation) herauskristallisierten. Und auch die gesellschaftstheoretische Dimension des Wirtschaftsgeschehens ist noch nicht abschließend erörtert.

Bettina Fley, Simone Korb

Sektion Soziologische Theorie und Sektion Kulturosoziologie

Bericht über die Tagung »Wie bürgerlich ist die Moderne? – Bürgerliche Gesellschaft, Bürgertum und Bürgerlichkeit«

In welcher Gesellschaft leben wir gegenwärtig? ist eine der grundlegenden Fragen der Soziologie. Der öffentliche Diskurs zu dieser Problemstellung suggeriert seit einiger Zeit eine vermeintliche Rückkehr von »Bürgerlichkeit«, während die Soziologie fachintern weiterhin mit mannigfaltigen, sehr heterogenen Gesellschaftsbegriffen, wie »Massengesellschaft«, »Risikogesellschaft«, »Konsumgesellschaft«, »Erlebnisgesellschaft« etc., operiert. In der Soziologie kommt der »bürgerlichen Gesellschaft« als einer soziologischen Kategorie zur Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft bisher keine bedeutende Rolle zu, obwohl die Klassiker früher moderner Gesellschaftstheorien (Smith, Hegel, Marx, Weber) Bürgertum und Bürgerlichkeit als zentrales Element für die Entstehung der modernen Gesellschaft in den Blick nehmen. Es stellt sich innerhalb der soziologischen Theorie selbst die Frage, ob man ausgehend von den Klassikern zu Beginn des 21. Jahrhunderts konzeptionell von einer Kontinuität der Strukturen bürgerlicher Gesellschaft im Verlauf der Moderne sprechen kann oder ob vielmehr von Diskontinuitäten bürgerlicher Vergesellschaftung – innerhalb der Moderne selbst – gesprochen werden muss. Wenn von einer Kontinuität bürgerlicher Gesellschaft in der Gegenwart ausgegangen werden kann, inwiefern lässt sich mit den soziologischen Begriffen »bürgerliche Gesellschaft«, »Bürgertum«, und »Bürgerlichkeit« die aktuelle Gesellschaft adäquat beobachten? Im Fokus dieser Überlegungen konzipierten *Joachim Fischer* (Dresden) und *Andreas Reckwitz* (Konstanz) für die DGS-Sektionen Kulturosoziologie und Soziologische Theorie an der Universität von Konstanz eine Tagung vom 13. bis 14. Juli 2007.

Als Hauptvertreter der Kontinuitätsthese bürgerlicher Vergesellschaftung trat im Rahmen der Tagung *Joachim Fischer* hervor. Er sieht aktuell keine Rückkehr oder Renaissance von »Bürgerlichkeit«, die man ideologiekritisch von den bekannten soziologischen Theorien aus aufklären müsse, sondern konstatiert umgekehrt das Potential, von einer soziologisch neu gefassten Theorie der bürgerlichen Gesellschaft aus alle Gegenwartsphänomene der Moderne begreifen zu können. Diese soziologische Theorie der bürgerlichen Gesellschaft soll durch ihren langen historisch-soziologischen Atem

der »Theorienot«, in der die Soziologie durch ihre heterogene Begriffsvielfalt bezüglich der Gesellschaft geraten ist, in gegenwartsdiagnostischer Sicht abhelfen. Deshalb kombiniert er drei Denktraditionen des Bürgerlichen (Kapitalismustheorie, Theorie der Zivilgesellschaft, Theorie des Bildungsbürgertums) und verknüpft zugleich handlungs- mit systemtheoretischen Perspektiven. Im Konzept der »bürgerlichen Gesellschaft« wird sowohl die Möglichkeit gewahrt, verschiedene gesellschaftliche Akteursgruppen zu beobachten (Bourgeoisie, Assoziationsbürgertum, kritisch-kreatives Bildungsbürgertum), als auch die Nichtaufeinanderrückführbarkeit und Eigenlogik der verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme berücksichtigt (Systemtheorie). Alle Bürgertumsfraktionen gruppieren sich um verschiedene, nicht aufeinander rückführbare Gesellschafts- resp. Kommunikationssysteme. Dabei handelt es sich um das Wirtschaftssystem (Bourgeoisie), Wissenschafts- und Kultursystem (Bildungsbürgertum) sowie das Rechts- und politische System (Assoziationsbürgertum). Damit soll eine soziologische Theorie der bürgerlichen Gesellschaft mehr Beobachtungspotential haben als ihre großen Theoriekonkurrenten: die Systemtheorie, die keine Akteursgruppen beschreiben kann, und die Kapitalismustheorie, die theorienotwendig alle außerökonomischen Bereiche als Sekundärbildungen beschreiben müsse. Insgesamt interpretiert Fischer die Gegenwartsgesellschaft als »bürgerliche Gesellschaft nach ihrer Kontingenzerfahrung«; es gäbe keine geschichtsphilosophische Notwendigkeit, dass die Moderne »bürgerlich« sei, wie die Erfahrung strukturell nicht-bürgerlicher Gesellschaftsprojekte der Moderne dezidiert zeige (Nationalsozialismus, Sozialismus).

Aus der Akteursperspektive heraus diskutierte *Stephan Moebius* (Konstanz), am Beispiel des Collège de Sociologie, Antibürgerlichkeit der französischen Avantgarde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die französischen Avantgardisten versuchten mit einer an der Durkheim-Schule orientierten Sakralsoziologie neuartige Gemeinschaften zu etablieren. Den Hintergrund für diese Bestrebungen bildete die Ansicht, dass eine zunehmend individualisierte Gesellschaft dem Faschismus widerstandslos ausgeliefert sei. Die Mitglieder des Collège de Sociologie versuchten eine Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft zu entwickeln, dabei wandte man sich in erster Linie gegen die Einseitigkeit der Vernunft und des Rationalen sowie gegen die »bürgerliche Verlogenheit«. Dagegen setzen die Avantgardisten Momente der dionysischen Ekstase, der Verschwendung und Verausgabung als Elemente der Gesellschaft, die sie anstrebten. Moebius verwies

in seinem Vortrag darauf, dass diese antibürgerliche Haltung der Avantgardisten aus der bürgerlichen Gesellschaft heraus entstanden und zum Teil auch dort verhaftet geblieben ist. Aus der Sicht einer Theorie der bürgerlichen Gesellschaft wäre an dieser Stelle zu fragen, ob es sich bei der avantgardistischen Antibürgerlichkeit (Verausgabung vs. Rationalität und Vernunft) nicht letztlich um eine Seite dessen handelt, was man als Doppelcodierung des bürgerlichen Subjekts zwischen Romantik und Aufklärung beschreiben kann.

Ebenfalls vom Akteur ausgehend – der Kontinuitätsthese folgend – argumentierte *Manuel Frey* (Dresden), indem er sich auf den Stifter als *den* Gegenwartsbürger bezog. Einleitend stützte sich Frey auf Eckart Conze (»Eine bürgerliche Republik. Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft«, 2004), welcher für die Zeit nach 1945 zwei Tendenzen von Bürgerlichkeit aufzeigt. Dabei handelt es sich einerseits um eine restaurationsartige Wiederbelebung (Renaissance) exklusiver Bürgerlichkeit und andererseits um eine Verallgemeinerung von Bürgertum und bürgerlicher Gesellschaft. Freys These in diesem Zusammenhang war, dass sich auf dem Feld des Stiftens die beiden Tendenzen verbinden und überlagern. Im Akt des Stiftens lassen sich sowohl die Exklusivitätsansprüche des Bürgers (im Kampf um symbolische Anerkennung) als auch dessen Allgemeinorientierung (Stiften als zivilgesellschaftliches Engagement) erkennen. Gleichsam wird auch die immer schon riskierte Existenz des Bürgers im Stiftungswesen deutlich: Der Stifter tritt mit seiner Gabe als Einzelner der Öffentlichkeit gegenüber, dabei besteht immer das Risiko, dass seine Gabe, und somit er selbst, nicht anerkannt wird.

Neben den bereits dargelegten Tendenzen, diagnostisch mit einer Kontinuität von Bürgerlichkeit zu operieren, kristallisierte sich im Verlauf der Tagung eine andere Position heraus: den faktischen Bruch oder Abbruch von »Bürgerlichkeit« innerhalb der gegenwärtigen Moderne zu konstatieren bzw. deren gegenwärtige diskursive Renaissance als eine Semantik, als Ideologie aktueller (ökonomischer) Krisen der Moderne deutlich zu machen.

Als einer der Hauptvertreter ist hier *Heinz Bude* (Kassel) zu nennen. Am Modellfall der Bundesrepublik Deutschland argumentierte er, dass es im Rahmen des Ausbaus des Sozial- und Wohlfahrtsstaates nach 1945 und der Verallgemeinerung des Bürgers als Staatsbürger zu einem Aufgehen der bürgerlichen Gesellschaft in der »Arbeitnehmergesellschaft« gekommen sei. Im Kontext eines weit ausgreifenden sozialen Netzwerkes kam es zu

einer fast vollständigen Entprivatisierung aller Lebensrisiken, so dass bürgerliche Tugenden nicht mehr gefragt waren. Aktuell, so argumentierte Bude vor dem Hintergrund einer impliziten Kapitalismustheorie, ist es im Hinblick auf die ökonomische Krise und Transformation des Wohlfahrtsstaates zu einer semantischen Renaissance bürgerlicher Dispositionen gekommen. Der Wohlfahrtsstaat dient nicht mehr dem Schutz vor dem Markt, sondern der Befähigung zur Teilnahme am Markt. Soziale Rechte und Ansprüche sollen nun nicht mehr allein gebunden an die Staatsbürgerschaft sein, sondern an individuelle Leistungen und Beiträge (»Fördern und Fordern«). Die Umformung des Wohlfahrtsstaates in Deutschland ist faktisch vollzogen, die Idee der Arbeitnehmersgesellschaft ist Vergangenheit. Die Zukunft verlangt eigenverantwortliche, selbstständige Bürger. *Hans-Peter Müller* (Berlin) sprach in dieser Beziehung auch von einer (politisch forcierten) Umstellung von »system blame« auf »individual blame«. Zusammenfassend könnte man mit Bude sagen, dass es politökonomisch zu einem Rückzug des Sozialstaates unter dem Deckmantel der Renaissance von Bürgerlichkeit gekommen ist. Auch Müller sprach in seinem Referat von einer (überraschenden) Wiederkehr von Bürgerlichkeit in den aktuellen Diskussionen. Seine zentrale These: kulturell beobachten wir eine Renaissance der Werte von Bürgerlichkeit; andererseits scheint es so zu sein, dass die strukturellen und institutionellen Chancen zur Verwirklichung einer bürgerlichen Lebensführung nur unzureichend und darüber hinaus ungleich verteilt sind ((1) »strukturelle« und (2) »institutionelle Dekadenz«). Im Anschluss daran stellte er sich die Frage, ob sich eine bürgerliche Lebensführung in der Gegenwartsgesellschaft überhaupt realisieren lässt. 1. Hans-Peter Müller sprach in Bezug auf die gegenwärtige Gesellschaft von einer so genannten »strukturellen Dekadenz«. Auf der einen Seite besteht die strukturelle Anforderung, dass jeder seinen Platz in der Gesellschaft durch Eigenleistung selbständig finden und eine gelungene Individualität entwickeln muss. Demgegenüber sind, mit Blick auf die Sozialstruktur, die dafür notwendigen Ressourcen sehr ungleich verteilt. Es ist demnach zu fragen, welche Chancen für den Einzelnen, je nach seiner sozialen Positionierung, bestehen Bürger zu werden und was es bedeutet dabei zu scheitern. In der darauf folgenden Diskussion stellte sich allerdings die Frage, inwiefern das bürgerliche Persönlichkeitsideal überhaupt von jedermann angestrebt wird.

2. Im Weiteren machte Hans-Peter Müller den Aspekt einer momentan bestehenden »institutionellen Dekadenz« stark. Hierbei rekurrierte er auf

eine bestehende »Reziprozitätsinbalance« zwischen den drei zentralen gesellschaftlichen Institutionen: Staat, Markt und Familie. Die Wirtschaft (Lohndumping, prekäre Arbeitsverhältnisse) und der Staat (Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Erhöhung der Steuerlast, Abbau staatlicher Transferleistungen) haben sich auf Kosten der Bürger (Selbstverantwortung, -vorsorge) saniert. Die Argumentation von Hans-Peter Müller zielte im Endeffekt darauf ab herauszustellen, dass man eine Renaissance bürgerlicher Tugenden beobachten kann, wobei jedoch fraglich ist, inwieweit diese erreichbar und umsetzbar sind.

Eine Mittelposition innerhalb der Bürgerlichkeitsdiskussion zwischen Kontinuität und Diskontinuität nahm der Beitrag von *Andreas Reckwitz* (Konstanz) ein. Sein Hauptargument war, dass die Moderne bürgerlich und antibürgerlich zugleich sei. Zum Ausgangspunkt seiner Darstellung machte er die Subjektstruktur des klassischen Bürgers im 18./19. Jahrhundert. Charakteristisch für den Bürger ist demnach eine »hybride Subjektstruktur«, welche sich in einem Spannungsverhältnis zwischen Moralität und Selbstregulierung/ Souveränitätsorientierung befindet. Hierbei handelt es sich um zwei basale Sinnmuster, die alle bürgerlichen Praktiken strukturieren und zugleich in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander stehen. Die Basis für die Moralität bilden Ordnung und Regeln, dagegen findet selbstbestimmtes Handeln immer unter den Bedingungen von Ungewissheit bzw. Unordnung statt. Im Übergang zur »organisierten Moderne« (Gemeinschaftsprojekte innerhalb der Moderne) bzw. »Postmoderne« verliert dann jeweils eines der beiden bürgerlichen Sinnmuster an Bedeutung. Während sich in der »organisierten Moderne« das Subjekt an kollektiv vorgegebenen Organisationen und Plänen orientieren und ausrichten muss (Moralisierung), ist in der »Postmoderne« die Eigenorientierung des Individuums entscheidend (Selbstregulierung/ Souveränitätsorientierung). Weiterhin differenziert sich aus dem Sinnmuster Selbstregulierung/ Souveränitätsorientierung in der Postmoderne eine neuerliche hybride Ausformung des Subjekts, welches nun im Spannungsverhältnis zwischen »Selbstästhetisierung« und »Selbstoptimierung« steht. Dem folgend, beobachtet Reckwitz in der »organisierten Moderne« einerseits jeweils eine Kontinuität bezüglich eines der beiden klassischen bürgerlichen Sinnmuster und andererseits jeweils eine Diskontinuität bezüglich des anderen bürgerlichen Sinnmusters. Der Moderne gelingt es somit, bürgerlich und antibürgerlich zugleich zu sein.

Die Existenz von bürgerlichen und antibürgerlichen Tendenzen innerhalb der Gegenwartsgesellschaft wurde auch von *Clemens Albrecht* (Koblenz) thematisiert. Im Rekurs auf Inklusions- und Exklusionsmechanismen innerhalb des kulturellen Systems (Bildungssystem) machte er deutlich, dass die Gegenwartsgesellschaft gekennzeichnet ist durch Verbürgerlichungs- (Verallgemeinerung des bürgerlichen Bildungskanons) und Entbürgerlichungsprozesse (Verdeckung der Spielregeln im »Bildungsspiel«), welche aus der spannungsreichen Beziehung zwischen Kultur und (Sozial-) Struktur resultieren. Die Moderne wird nur dann bürgerlich, so Albrecht, wenn Bürgerlichkeit tatsächlich realisiert wird: Das Zusammenfallen von Autonomie, Gleichheit, Moralität und Perfektibilität führt zum Auseinandertreten von Kultur und Struktur. Diese Realisierung ist jedoch permanent gefährdet, denn das Auseinandertreten von Kultur und Struktur kann jederzeit misslingen. In den französischen Salons gelang, im Vorfeld der Revolution von 1789, erstmals die Umsetzung von Bürgerlichkeit. Über die Salonkultur kam es zu einer kurzzeitigen Auflösung der ständischen Sozialstruktur. Die Mitglieder begegneten sich im Salon, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, als gleichberechtigte »kommunikative Typen«.

Die verschiedenen Tagungsbeiträge gruppieren sich einerseits entweder um die Kontinuitäts- oder Diskontinuitätsannahme bezüglich bürgerlicher Vergesellschaftung in der Moderne und andererseits um das *diagnostische* oder *normative* Potential des Bürgerlichkeitsphänomens für die soziologische Diskussion. Dementsprechend strittig bleibt weiterhin die Antwort auf die Frage, inwieweit Bürgerlichkeit und bürgerliche Gesellschaft eine durchgehende Linie im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung seit dem 18. bis hinein ins 21. Jahrhundert bilden. Im Verlauf der Tagung erwies sich der von Joachim Fischer vertretene Ansatz, »Bürgerliche Gesellschaft als Kategorie einer soziologischen Theorie« (zur adäquaten Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft) zu konfigurieren, als anregende Diskussionsgrundlage, dessen Weiterentwicklung lohnenswert erscheint. Zugleich wurden Fragen nach den strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen zur Realisierung von Bürgerlichkeit mit in den Blick genommen und weitergehend diskutiert. Deutlich wurde außerdem, dass zusätzliche Aspekte bei der Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft als bürgerliche Gesellschaft mit in den Blick genommen werden sollten, beispielsweise das von *Wolfgang Eßbach* (Freiburg) thematisierte Verhältnis des Bürgers zur Gewalt; auch die Beschreibung gesellschaftsimmanenter Veränderungen sei auf Grund der Komplexität des Ansatzes noch nicht geklärt (Reckwitz).

Aus der Tatsache heraus, dass die Soziologie (im Gegensatz zu den Naturwissenschaften, die auch in nichtbürgerlichen Gesellschaften funktionieren) eine genuin bürgerliche Wissenschaft ist, welche der riskierten bürgerlichen Gesellschaft als Korrektiv und gleichsam auch als Ausdruck ihres Dauerverdachts gegen sich selbst gilt, erscheint es viel versprechend, gerade auch die heutige Gesellschaft im Fokus der Bürgerlichkeit zu beobachten. Die Konstanzer Tagung war dafür gerade in der Kooperation zweier einschlägiger Sektionen ein guter Auftakt.

Daniel Grummt, Peter Hausdorf